

## **Redebeitrag von Andreas Schubert im Stadtrat am 26.11.2015**

Es geht heute mit dieser **Vorlage 86/2009 1. Ergänzung Stadtbahnprogramm Gera, Stufe II – TA 5 Thüringer Straße bis Langenberg**

nicht nur um ein Stadtbahnprogramm, sondern um eine grundsätzliche Weichenstellung, welchen ÖPNV wir haben wollen:

Welches Ziel haben wir als Stadtrat mit Blick auf den öffentlichen Personennahverkehr?

Muss es nicht unser gemeinsames Anliegen sein, die immer älter werdende Bevölkerung Geras mit einem qualitativ hochwertigen ÖPNV mit Mobilität bis ins hohe Alter – wo eben keine eigenen Fahrzeuge mehr gesteuert werden (können) – zu versorgen.

Ist dies nicht genauso unabdingbar, für alle Kinder und Jugendlichen, die in unserer langgestreckten Stadt Bildungs- Kultur- Sport- und Freizeiteinrichtungen in eigener Verantwortung erreichen wollen?

Und ist dieses Ziel nicht auch ein Gebot der nachhaltigen Stadtentwicklung, damit mit einem attraktiven, effizienten und ökologischen Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs möglichst viele Menschen Strecken im Stadtgebiet bewältigen können, was allen Einwohnern durch sauberere Luft und weniger Lärm zu Gute kommt. Übrigens, wir haben ja auch in Gera Probleme mit der Luftreinhaltung was z.B. die Feinstaubbelastung angeht.

DIE LINKE ist davon überzeugt, dass dies ganz gewichtige Gründe sind, um einen qualitativ hochwertigen und leistungsfähigen ÖPNV in Gera als Ziel aller kommunalpolitischen Akteure zu definieren.

Wenn dies so sein sollte, darin Konsens bestehen würde, dann bleibt im Konkreten die Frage der Realisierung zu klären und damit auch die Fragen der

Finanzierung – ja auch die sind uns wichtig bei der Betrachtung dieser Frage. Denn Fakt ist bleibt, öffentlicher Personennahverkehr ist ein Grundpfeiler der Daseinsvorsorge, eine Pflichtleistung und braucht regelmäßig, auch in allen anderen Städten und Landkreisen einen Zuschuss, da nicht kostendeckend. Dabei bleibt die Frage interessant, wie der Zuschuss möglichst minimiert werden kann – auch hier gibt es unterschiedliche Ideen – Leipzig, Erfurt. Aber in jedem Fall bleibt festzustellen, dass die Anzahl der Fahrgäste die Höhe des Zuschusses nicht unwesentlich beeinflusst.

Je mehr Fahrgäste – umso größer die Fahrgeldeinnahmen – desto geringer die Zuschüsse.

Und genauso Fakt ist die Tatsache, dass in Straßenbahnen mehr Fahrgäste mitfahren als in Bussen (in Gera immerhin 75% des Fahrgastaufkommens), wenn die Alternative besteht, weil es eben eine höhere Qualität, eine größere Pünktlichkeit, mehr Attraktivität eben gibt.

Genau das war der Plan für Langenberg, wo wir die Attraktivität des gesamten Ortsteils erhöht hätten, was sich nicht zuletzt auch auf die Einwohnerentwicklung ausgewirkt hätte. Darauf haben viele gesetzt, nicht zuletzt Wohnungseigentümer wie z.B. die Genossenschaft neuer Weg – fragen sie dort mal nach, welche Chancen man dort mit der Straßenbahn nach Langenberg verbindet. Auch viele Einwohner haben uns per Unterschrift ihren Wunsch nach einer Straßenbahnanbindung versichert.

Und jetzt schlägt die Oberbürgermeisterin aber heute vor, dass wir die Stadtbahnlinie nach Langenberg endgültig beerdigen. Baurecht wegwerfen sollen!!!

Nachdem wiederholt mit teuren Gutachten nachgewiesen wurde, dass diese Stadtbahnlinienerweiterung sich tatsächlich rechnet – und daran ändert auch die Eigenuntersuchung in der Stadtverwaltung überhaupt nichts, denn das sehen wir

als nichts anderes als ein Auftragswerk an.

Im Gegenteil – Frage nach der Vergabe von Bewertungen an Planungsbüros?

Für die Stadtbahnlinie nach Langenberg haben wir nicht nur Baurecht, nein der GVB hat schon fast 6 Millionen Euro in Planungen und Grundstückskäufe investiert – wer trägt eigentlich diese Abschreibungen, wenn das jetzt alles beerdigt wird?

Es wird behauptet, bis 2019 können wir das nicht fertig bauen, weil die Eigenmittel nicht vorhanden sind. Ja, aber wir haben – erst - 2015. Und die Eigenmittel haben wir jetzt auch nicht für die Sanierung der Wiesestraße oder den Strang nach Lusan:

Genau das hat heute die Landesregierung im Landtag auf die Anfrage meiner Fraktionskollegin Jung noch einmal ganz offiziell erklärt:

Es gibt keine Zusage des Landes zur 75%-gen Förderung dieser beiden Stadtbahnabschnitte, genau weil die Eigenmittel nicht vorhanden sind – ein Widerspruch zu den Aussagen der Stadtverwaltung durch sie Herr Meisner im HA, Bauausschuss als auch im Ausschuss für Wirtschaft und Stadtentwicklung. Es gibt keinen Plan B, keine gesicherte Finanzierung, wie wir ohne Stadtbahnprogramm die dringend notwendigen Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten am Straßenbahnnetz durchführen können. Dafür soll heute der Stadtrat die Verantwortung übernehmen – da sagen wir Vorsicht, hier scheinen Wahlversprechen der OB-Kandidatin mehr zu gelten als wirtschaftlicher Sachverstand!!

Gelten an dieser Stelle etwa 2 Maßstäbe, oder warum spielt es beim Baustart des Goethecampus jetzt gar keine Rolle, dass die Gesamtmaßnahme nicht durchfinanziert ist, während man beim Stadtbahnprogramm dies zum Totschlagsargument erklären will.

Allerdings wissen wir dort, dass 75% aller Kosten vom Fördermittelgeber

übernommen werden – dazu liegt sogar ein FÖM-Bescheid vor, verlängert bis 2019 – da sind wir beim Goethecampus noch weit entfernt...

Auch das sollte doch allen noch einmal zu denken geben, warum in 2015 eine Entscheidung getroffen werden soll, für die noch Jahre Zeit ist.

Nein meine sehr geehrten Stadtratskollegen, wer verantwortlich für die Einwohner der Stadt Gera entscheiden will, Schaden von der Stadt abwenden will und gleichzeitig das Ziel verfolgt einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr zu organisieren, der kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Und das werden wir als LINKE auch keinesfalls.

Denn allein die Frage nach dem Fortgang der Investitionen ohne Stadtbahnprogramm ist seit heute auch regierungsamtlich völlig ungewiss. Keine Zusage vom Land für Fördermittel!

Deshalb beantrage ich im Namen der Linksfraktion die Rückverweisung in die Verwaltung, denn diese Vorlage kommt zur Unzeit und klärt keine einzige Frage sondern schafft neue Probleme für eine dauerhafte Finanzierung des ÖPNV in Gera.